

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 59 (1965)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Eine Warnung an Frankreich : von unserem Sonderberichterstatter  
**Autor:** Baer, Gertrude  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-140981>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Jahresversammlung

der Religiös-Sozialen Vereinigung und der Freunde der «Neuen Wege» vermittelte den Teilnehmern einen außerordentlich packenden und aufrüttelnden Vortrag über «Eine atomfreie Zone in Mitteleuropa — als ein Weg zur Abrüstung und die Einstellung der Schweiz zu diesem Vorschlag».

Herr *Heinrich Buchbinder*, seit Jahren mit diesen Problemen und dem Kampf um allgemeine Abrüstung vertraut, zeigte, daß die Abrüstung heute einen Punkt erreicht, der das vielzitierte Sprichwort aller Militärköpfe der Welt: «Wenn du den Frieden willst, rüste zum Krieg» auf seine Weise ad absurdum geführt hat. Das Ziel der Rüstung, «Sicherheit», ist heute nach öffentlichen Erklärungen der wissenschaftlichen Berater des amerikanischen Präsidenten durch weitere technische Fortschritte nicht mehr erreichbar — diese führen vielmehr auf dem kürzesten Weg zur Zerstörung der Welt. Von dieser Erkenntnis ausgehend, suchen heute verantwortliche Stellen in Ost und West ernsthaft nach Wegen, einen Kriegsausbruch zu verhindern, einmal indem sie Atomwaffen nicht an weitere Nationen gelangen lassen oder indem sie die potentiellen Gegner auseinanderzurücken suchen. Atomfreie Zonen in Mitteleuropa, möglicherweise auch im Mittelmeergebiet, so erwartet man, würden zunächst die politische Spannung mildern und mit der Zeit aufheben. Sie könnten schließlich zu Orten der Begegnung werden. Ein Abbau des gegenseitigen Mißtrauens wäre auch ein Schritt auf die Abrüstung hin. Wissenswert ist, daß alle Anstößer an die Mittelmeerzone, bis auf die Vereinigte Arabische Republik, in dieser *Abwesenheit der gefährlichsten Waffe eine bessere Garantie für ihre Sicherheit sahen als in der Ausrüstung mit Atomwaffen*. In Mitteleuropa sind es die deutsche Bundesrepublik und seltsamerweise die Schweiz, die nicht in eine atomfreie Zone einbezogen sein wollen, beziehungsweise sich nicht positiv dafür ausgesprochen haben. Bei der Bundesrepublik liegt der Fall klar. Man schätzt, daß gegenwärtig etwa 40 Prozent der Atomwaffen der NATO in Westdeutschland lagern, über die die militärischen Kreise Westdeutschlands die Verfügungsgewalt zu bekommen hoffen. Ein Kommentar erübrigt sich hier.

Dies sind nur einige wenige Gedanken des Vortrages, auf den noch zurückzukommen sein wird. Die anschließende Diskussion zeigte, daß die Tragweite der Ausführungen Herr Buchbinders erfaßt worden war.

Red.

## Eine Warnung an Frankreich

Von unserem Sonderberichterstatte

Die Atomenergiekommission der Vereinigten Staaten übersandte amerikanischen Fabrikanten wiederholt Warnungen, andern Ländern keinerlei Material zu liefern, das zur Verarbeitung von oder zu Ver-

suchen mit Atomwaffen gebraucht werden könnte. Die Mahnungen bezogen sich auf Frankreich, das augenblicklich Versuche mit Wasserstoffbomben im Luftraum über Tahiti im Südpazifischen Ozean vorbereitet.

Die Briefe gingen an Unternehmer, die dem Lawrence Radiation Laboratorium in Livermore, Kalifornien, Ausrüstungen geliefert hatten, «welche auch für das Atomwaffenprogramm Frankreichs von Interesse hätten sein können.» Der erste Brief machte die Gesellschaften auf Artikel 1 des Versuchsstoppvertrages aufmerksam, dessen zweiter Paragraph die Vereinigten Staaten verpflichtet, einem Lande, das Atomversuche plant, jegliche Unterstützung zu verweigern, die solchen Versuchen dienstbar gemacht werden könnte.

Der zweite Brief, der ebenfalls im Oktober abgesandt, aber auch erst heute, am 18. Dezember, von der amerikanischen Atomenergiekommission bekanntgegeben wurde, forderte die Konzerne auf, der Kommission Mitteilung über jedweden Beschaffungsauftrag seitens Frankreichs oder irgendeiner Firma zu machen. Es soll sich um einen Ein- und Ausfuhrkonzern handeln, der Rüstungsaufträge für Frankreich, die Sowjetunion und die Chinesische Volksrepublik getätigt haben soll. Auch etwaige Bestellungen aus fremden Ländern sind der Kommission mitzuteilen, wenn sie unter gegebenen Umständen «vernunftgemäß die Absicht bekunden», daß Materialien oder Informationen für atomare Waffenversuche gebraucht werden sollen.

Diese beiden Briefe waren die ersten eindeutigen Maßnahmen, welche die Vereinigten Staaten ergriffen, um dem Moskauer Vertrag Geltung zu verschaffen. Die Administration erhebt immer wieder Einspruch gegen die Weitergabe von Atomwaffen an andere Länder und glaubt, dieses durch strengere Ausfuhrkontrollen bewerkstelligen zu können.

Frankreich gab vor einigen Jahren einen großen elektronischen Computer in Auftrag. *Damals* stimmten die Vereinigten Staaten diesem Kauf bei der International Business Machine Corporation zu. Seither aber hat die Regierung die Erlaubnis für einen von Frankreich bestellten zweiten Computer nicht erteilt. Es soll sich um einen Computer handeln, der in Amerika für militärische Berechnungen gebraucht wird, die sowohl für Entwürfe atomarer Waffen wie für friedliche Handelszwecke verwertet werden können, und das Staatsdepartement kann sich nicht schlüssig werden, um welche Zwecke es sich in diesem Falle handelt.

Ebenso schwierig finden es die Behörden, den Unterschied festzustellen zwischen den Sonderflügen der französischen Flugzeuge, die Leute und Ausrüstungsgegenstände nach Tahiti befördern, und anderen, fahrplanmäßigen Handelsflugzeugen, die in den Vereinigten Staaten landen und in denen sich für Tahiti bestimmte Vorräte und Techniker befinden.

Amerikas bisher einzige Entscheidung erfolgte im August, als Frankreich um Erlaubnis nachsuchte, einen KC-135-Jet-Tanker mit für Tahiti bestimmten Marinevorräten eine Zwischenlandung in den Vereinigten Staaten zu Tankzwecken zu gestatten. Die Erlaubnis wurde schließlich erteilt, wenn auch unter der Voraussetzung, daß das Flugzeug während des Überfliegens der Vereinigten Staaten keinerlei Atomwaffen mit sich führen dürfe.

*Gertrude Baer*

## Offener Brief des Ausschusses der New Yorker Universitäten an Präsident Johnson

«Wir, als Glieder der akademischen Gemeinschaft, sehen uns gezwungen, Ihnen Herr Präsident, gegenüber, die derzeitige Vietnampolitik unserer Regierung öffentlich zur Diskussion zu stellen. Wir ersuchen Sie, den gegenwärtigen Kurs erneut zu prüfen und dies angesichts folgender Tatsachen:

Wir intervenieren dort einseitig, in Unterstützung einer Folge von undemokratischen Regierungen, die von der Mehrheit des südvietnamischen Volkes abgelehnt werden.

Wir führen einen unmoralischen und grausamen Krieg, der dem Volk von Südvietnam unendliches Leid zugefügt hat.

Unsere kürzlich durchgeführten Luftangriffe auf Nordvietnam erhöhen die Gefahr, daß ein lokaler Konflikt sich zu einem Großkrieg ausweitete.

Es ist behauptet worden, daß die Vereinigten Staaten eine von ihrer Bevölkerung gestützte Regierung gegen fremde Umsturzversuche verteidigen. Wir behaupten, Herr Präsident, daß die dem Kongreß und der amerikanischen Öffentlichkeit verfügbaren Beweise keine solche Auslegung des vietnamischen Konflikts erlauben.

Tatsache ist vielmehr, daß die USA Regime an der Macht erhalten, die vom Großteil der Landesbevölkerung nicht unterstützt werden. Wie soll man sonst eine Situation erklären, in der 35 000 Vietcongtruppen ständig an Boden gewinnen, gegenüber einer Regierungsarmee von 200 000 Mann plus einem Kontingent von 23 000 amerikanischen «Beratern»? Die Überfälle von Bienhoa und Pleiku sind ein untrüglicher Beweis, daß die Saigoner Regierung nicht einmal die Unterstützung der Bevölkerung in der Nachbarschaft von Bienhoa und Pleiku genießt.

Wie hat sich unsere Politik für die Bevölkerung von Vietnam ausgewirkt? Nur eine kleine Minderheit profitiert von den 600 Millionen Dollar, die wir jährlich an Südvietnam gehen lassen. Die Bauern von Vietnam werden terrorisiert. Das Land, vor Zeiten eine der blühend-